

In der Schulentwicklung der Hamburger Schulen des gemeinsamen Lernens lassen sich zwischen 1968 und 2015 drei Phasen erkennen. Gesellschaftliche und soziale Schiefen müssen bei der Beurteilung der Entwicklung in diesem Stadtstaat berücksichtigt werden: „Die Disparitäten zwischen den Stadtteilen und zwischen den Schulen sind erheblich“.

Hamburg

ENTWICKLUNG DER SCHULEN DES GEMEINSAMEN LERNENS

Geht Hamburg in Führung?

Barbara Riekmann



Schulversuchsphase von 1968 bis 1979

Bundesweit folgten Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre viele Bundesländer den Empfehlungen der Bildungskommission zur „Einrichtung von Schulversuchen mit Gesamtschulen“. Schon 1968 wurde - gegen den entschiedenen Widerstand der CDU - in Hamburg die erste Gesamtschule (Alter Teichweg) gegründet. Die Gründungsphase der Gesamtschulen fiel in eine Zeit des wirtschaftlichen Wachstums, in der der Ausschöpfung der Bildungsreserven hohe Bedeutung zugemessen wurde. Es ging aber auch gesellschaftspolitisch und pädagogisch um das Ziel, Chancengerechtigkeit herzustellen.

In Hamburg bildeten acht integrierte und eine kooperative Gesamtschule¹ den Schulversuch. Die GS-Versuche sind von ihrer Zielsetzung her so umfassend angelegt, dass sich in ihnen alle pädagogischen Fragen, die mit der Erziehung und dem Unterricht von jungen Menschen zwischen dem 10. und dem 18. Lebensjahr zu tun haben, neu stellen und neu beantwortet werden müssen“ (1) (Jürgen Riekmann, damaliger Grundsatzreferent, später Leiter der Gesamtschulabteilung in der Schulbehörde bis 2000). Über die Bildungspläne, die Unterrichtsorganisation, die Stundentafel, Fragen des Wahlpflichtbereiches sowie der inneren und äußeren Differenzierung, bis hin zu neuen integrierten Fächern wie Politik oder Arbeitslehre, Benotungsfragen und Abschlussfragen, aber auch Leitungs- und Arbeitsstrukturen sowie die Einrichtung von Beratungsdiensten...alles sollte bedacht sein.

¹ Gesamtschule Alter Teichweg, kooperative Gesamtschule Heinrich-Hertz, Gesamtschule Horn, Peter-Petersen-Schule, Julius-Leber Schule, Gesamtschule Steilshoop, Otto-Hahn-Schule, Gesamtschule Mümmelmannsberg sowie die seit 1950 nach einem integrierten pädagogischen Konzept arbeitende Albert-Schweitzer-Schule.

Das Neue nahm zunehmend Gestalt an. Zwei Schulen entstanden auf der grünen Wiese in neu gebauten Großsiedlungen, andere erwachsen Schritt für Schritt aus der Umwandlung ehemaliger Gymnasien oder Haupt- und Realschulen.

Heftige Auseinandersetzungen um das Ziel der flächendeckenden Einführung der Gesamtschule als Regelschule bestimmten die Debatten der 70er Jahre. Mit der Schulgesetznovelle zur „Einführung des Elternrechtes auf Wahl der Schulform“ wurde 1977 die weitere Schulentwicklung in die Hände der Eltern gelegt und damit faktisch das Instrument der politischen Steuerung des Schulwesens aufgegeben. Gleichzeitig wurde die Gesamtschule als eine die Schulformen des gegliederten Schulwesens *ergänzende*, nicht aber eine sie *ersetzende* Schulform etabliert. Gewissermaßen als Kompromiss wurde in der Präambel des Schulgesetzes festgehalten, dass „die Schule in Richtung auf ein integriertes System fortentwickelt werden“ sollte. An diese Präambel knüpften sich in der Folge Hoffnungen auf Unterstützung einerseits, aber auch Ängste um die Vernachlässigung der Schulen des gegliederten Schulwesens andererseits. Beides trat nicht ein.

Gesamtschulen der zweiten und dritten Generation von 1979 bis 2000

Das Schulwahlverhalten der Eltern führte zu einer erheblichen Ausweitung der Gesamtschulen. In zwei Tranchen wurden zwischen 1979 und 2000 je 15 neue Gesamtschulen überwiegend durch Umwandlung bestehender Schulen gegründet – teilweise begleitet von starken und heftigen Protesten.

1982 trat die KMK-Vereinbarung über die „gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen“ in Kraft. Die stark an den Vorgaben des gegliederten Schulwesens orientierten Auflagen für die äußere Leistungsdifferenzierung sollten sich in späteren Jahren als Hemmnis für die innere Entwicklung der Gesamtschulen erweisen. Dennoch sicherte diese Vereinbarung die Abschluss- und Anschlussfähigkeit der Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler in ganz Deutschland ab.

Im Fokus der Kritik der Vertreter des dreigliedrigen Schulsystems stand fortan die vermeintliche Besserausstattung der Gesamtschulen, so dass trotz der besonderen Aufgaben eines integrierten Systems mehrere „Konsolidierungswellen“ zu teilweise erheblichen Kürzungen führten.

Dennoch bauten die 39 Gesamtschulen erfolgreiche und attraktive Systeme auf. Die Anmeldezahlen zeigten sich stabil; die intensive inhaltliche Arbeit an gesamtschulspezifischen Konzepten und Ausprägungen, z.B. im Wahlpflichtbereich, in der Berufsorientierung, in Fragen der inneren und äußeren Differenzierung prägten diese Phase. Mit der „empirischen Wende“, die von Senatorin Rosemarie Raab in den 90er Jahren eingeleitet wurde, wurde die Leistungsfähigkeit der Gesamtschulen erstmalig auch in Zahlen belegt (zunächst in der Lernausgangslagenuntersuchung- kurz LAU, später auch in einem Gutachten des Deutschen Institutes für Pädagogische Forschung – kurz DIPF).

Nach PISA – Entwicklung von 2000 bis 2010

Im Zuge der Diskussionen um die PISA-Ergebnisse geriet das gegliederte Schulwesen erneut in die Kritik, aber auch die innerschulischen Strukturen der Gesamtschulen, die in den letzten 25 Jahren ausgeprägt worden waren, mussten infrage gestellt werden. Mit der KESS-Untersuchung (KESS: Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern) wurde deutlich, dass die Gesamtschulen ihren Systemvorteil, die Heterogenität, nicht voll auszuschöpfen vermochten. Insofern galt es auch, die durch die KMK auferlegten und zum

Teil auch selbst geschaffenen institutionellen Barrieren zu hinterfragen und durch eine noch wirkungsvollere individuelle Förderung jedes Einzelnen zu überwinden

Ein gemeinsamer Lernprozess von Reformschulen und Gesamtschulen nahm auch in Hamburg an Fahrt auf, so dass von einigen Hamburger Gesamtschulen im Verlaufe der 2000er Jahre wegweisende Entwicklungs- und Reformarbeit geleistet wurde. Diese Arbeit wurde gestützt und begünstigt durch neue Freiräume im Rahmen von Schulversuchen („d.18-selbstverantwortete Schulen“ und „Alles>>Können“).

Insgesamt war die Überlebensfähigkeit des dreigliedrigen Schulsystems durch den Elternwillen stark infrage gestellt. Mit einer massiven, kurzfristigen Kürzung im Umfang von 10% 2002 gelang es der damaligen schwarz-gelben Koalition nicht, die Gesamtschulen kaputt zu sparen und das dreigliedrige Schulsystem zu stärken.

Wurden 1998 noch 27% der Fünftklässler an HR-Schulen angemeldet, so waren es 2007 nur noch 15%. Gestiegen waren in diesem Zeitraum die Anteile der Gesamtschulen von 28% auf 31%, am stärksten allerdings die der Gymnasien von 43% auf 51%. Nur noch 10% der Schülerinnen und Schüler besuchten die Hauptschule – mit abnehmender Tendenz.(2).

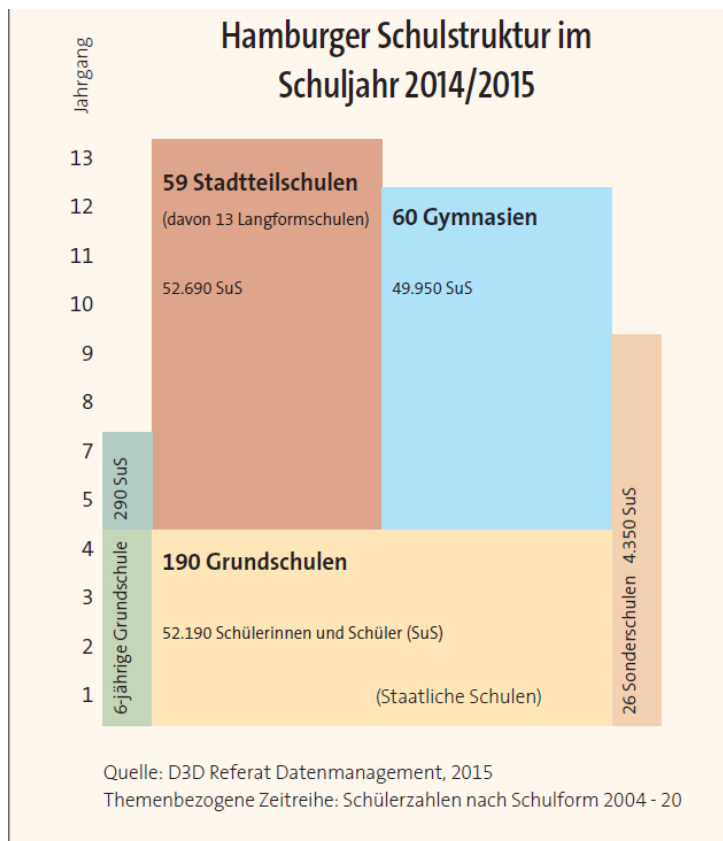
Infolgedessen wurde die Schülerpopulation der Gymnasien immer heterogener und in der Hauptschule fanden sich immer mehr Kinder aus sozial belasteten Familien – eine Entwicklung, die sich auch in den Gesamtschulen auswirkte. Angemerkt werden muss an dieser Stelle, dass in dieser Zeit auch drei Gesamtschulen wegen Unterschreitung der Mindestzügigkeit und ungünstiger Standortbedingungen geschlossen wurden.

Die von der Hamburger Bürgerschaft eingerichtete Enquetekommission empfahl 2007 ein Zweisäulenmodell, nur die Grün-Alternative-Liste - kurz GAL- wich mit einem Minderheitenvotum hiervon ab und empfahl eine 9-jährige Schule gemeinsamen Lernens („9macht klug“).

2007 scheiterte ein von der GEW und der GGG getragenes Volksbegehren für „Eine Schule für alle“. Als dann auch noch die Primarschulreform, ein Vorhaben der schwarz-grünen Regierung, eine gemeinsame Schule bis einschließlich Jahrgang 6 zu schaffen, mit einer Volksabstimmung 2010 scheiterte, fanden die Versuche, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu etablieren ein vorläufiges Ende.

Für die Hamburger Schulen war das Scheitern der Primarschulreform ein großer Einschnitt, denn räumlich und personell waren bereits alle Schulen auf die 6jährige Primarschule und das Zweisäulenmodell umgesteuert worden. Nun musste binnen kürzester Zeit zurückgerudert und mussten die inhaltlichen und organisatorischen Rahmensetzungen für die Jahrgänge 5 und 6 der Stadtteilschule neu konzipiert werden.

Zweisäulenmodell von 2010 bis 2015



Die neue Schulform Stadtteilschule stellte zunächst nur eine organisatorische Zusammenfassung von 39 Gesamtschulen, 3 Aufbaugymnasien und 19 Haupt- und Realschulen dar. Sie erhielt folgende Strukturmerkmale:

- Möglichkeit des Erwerbs aller Schulabschlüsse, d.h. insbesondere eine eigene Oberstufe für alle Stadtteilschulen (gegebenenfalls durch Kooperationen),
- 13 Jahre bis zum Abitur (statt 12 wie am Gymnasium),
- 10 Schuljahre für alle Schülerinnen und Schüler,
- ganztägige Angebotsstruktur,
- niedrigere Frequenzen als am Gymnasium (23 Schüler und

Schülerinnen ab 5), allerdings mit einer Progression auf 25 Schülerinnen und Schüler ab Jahrgang 7, um Schulformwechsler aus den Gymnasien aufzunehmen.

Für die Gymnasien, deren Schülerinnen und Schüler nach der 6. und nach der 10. Klasse zur Stadtteilschule wechseln können/müssen, wurde festgelegt, dass sie in den Klassen 7 bis 10 ihre Schülerinnen und Schüler ohne Klassenwiederholungen behalten müssen.

Nach anfänglichen Schwankungen scheinen sich die Anmeldezahlen für die Stadtteilschulen heute stabilisiert zu haben: Im Februar 2015 meldeten 43,5% der Eltern ihre Kinder an der Stadtteilschule und 53,1% am Gymnasium an.² (3). Während andere Bundesländer den Zugang zum Gymnasium begrenzen, hat Hamburg am Elternrecht festgehalten. Die Schülerschaft an den Gymnasien wird zunehmend heterogener, bleibt aber eine nach oben ausgelesene Schülerschaft.

Die Hamburger Schulentwicklung ist vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und sozialen Schieflagen in der Stadt zu beurteilen. Dem Bildungsbericht Hamburg 2014 ist zu entnehmen, dass beispielsweise im Bezirk Hamburg Mitte über 60% der 6- bis unter 18-Jährigen einen Migrationshintergrund haben (Durchschnitt 48,2%). Mehr als 20% der Kinder und Jugendlichen der Stadt sind auf Sozialleistungen angewiesen – in einigen Stadtteilen sogar 35% und mehr. (4) Die Disparitäten zwischen den Stadtteilen und zwischen den Schulen sind erheblich. Dies gilt in besonderer Weise für Stadtteilschulen.

Mit Einführung des Zweisäulenmodells wurde zeitgleich auch die Inklusion in Hamburg umgesetzt. Die Förderschulen wurden weitestgehend aufgelöst und die Schülerinnen und

² Differenz: 1,1 % sechsjährige Grundschulen, 1,4 Förderzentren ReBBZ, 0,9% spezielle Sonderschulen

Schüler nahezu ausnahmslos in das System Stadtteilschule aufgenommen. Die Entwicklung zu einer inklusiven Schule für alle wurde jedoch von Beginn an durch strittige Fragen der Ressourcenausstattung³, der unzureichenden Steuerung von Schülerströmen und dem Fehlen einer langfristig angelegten Unterrichts- und Schulentwicklungsstrategie beeinträchtigt.

Zudem entfernt sich die Stadt seit 2014 mit der Einführung von Schwerpunktschulen für die speziellen Förderbedarfe an ausgewählten Standorten von dem Grundgedanken einer inklusiven Schule.

Dennoch sind die Stadtteilschulen insgesamt auf einem erfolgreichen Kurs. Immerhin kommen gut 2900 (31%) der Hamburger Abiturientinnen und Abiturienten des aktuellen Jahrgangs aus einer Stadtteilschule und auch die Quoten von Schülerinnen und Schülern ohne Abschluss verringern sich kontinuierlich. Ganz besonders in sozialen Brennpunkten leisten die Stadtteilschulen Immenses – auch für den sozialen Zusammenhalt der Stadt. Die Stärke der Stadtteilschulen liegt in einer Pädagogik der Vielfalt, die selbstbewusst weiter ausgeprägt und nach vorne getragen werden muss. Ein Zwei-Säulenmodell war nie das Ziel der Gesamtschulen und der GGG, aber wenn es denn da ist, geht es erneut unter neuen Bedingungen um den Weg zu einer Schule für alle.

Auf ihrer ersten Herbsttagung im Jahr 2010 haben die Schulleiter und Schulleiterinnen ein Leitbild erarbeitet, das die Prinzipien des gemeinsamen Lernens in den Mittelpunkt stellt. Ein bemerkenswerter Vorgang, wenn man bedenkt, dass hier drei Schulformen mit sehr unterschiedlichen „Biografien“ zusammengefügt wurden. An den seitens der Schulleiterinnen und Schulleiter eingeleiteten Prozess sollte dringend angeknüpft werden. Jede Einzelschule hat ihren originären Weg beschritten, mit den Herausforderungen umzugehen. Für eine gemeinsame Weiterentwicklung der Schulform Stadtteilschule ist jedoch erforderlich, dass die Fragen, Probleme und Lösungsansätze zusammengeführt, strukturiert und in die Fläche getragen werden.

Literatur

- (1) 25 Jahre Gesamtschule in Hamburg, Bilanz und Perspektiven, Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung und Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule, Landesverband Hamburg, S. 5, 1994
- (2) Bürgerschaftsdrucksache 18/6000 vom 16.3.2007, Bericht der Enquetekommission, S.80 und S. 82.
- (3) Bürgerschaftsdrucksache 21/16 vom 10.3.2015, Anmeldungen Jg.5 für das Schuljahr 2015/2016
- (4) Bildungsbericht Hamburg 2014, Behörde für Schule und Berufsbildung, S. 24 und S. 26
- (5) Bürgerschaftsdrucksache 8/3577 vom 11.4.1978: Gesamtschulversuche in Hamburg, Bericht 1978
- (6) Standortbestimmung Stadtteilschulen in Hamburg, Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule, Landesverband Hamburg, 2013
- (7) Bürgerschaftsdrucksache 20/11526 vom 15.4.2014, Bilanz starke Stadtteilschule

³ Die Prinzipien der Zuweisung schwanken zwischen personengebundener und (eigentlich wünschenswerter) systemischer Ressource. Gemessen an der Zahl der Förderkinder im Bereich Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung (zurzeit im Jahrgang 5 12,9%) ist der Bereich auch heute immer noch unterausgestattet.

(8) Leitbild der Stadtteilschulen: www.hamburg.de/contentblob/1052/data/sts-leitbild-der-weg.pdf

(9) Schulstatistik der Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg, Allgemeinbildende Schulen, Themenbezogene Zeitreihen unter:

<http://www.hamburg.de/contentblob/4462782/data/zeitreihe-schuelerzahlen-nach-schulform-rechtsstatus-2004-2014.pdf>